

Ralf Mayer | Alfred Schäfer [Hrsg.]

Populismus – Aufklärung – Demokratie



Nomos

Schriftenreihe
Zeitgenössische Diskurse des Politischen

herausgegeben von

Prof. Dr. Andreas Hetzel
Prof. Dr. Oliver Flügel-Martinsen

Band 16

Wissenschaftlicher Beirat

Mathias Albert (Bielefeld), **Robin Celikates** (Amsterdam), **Anna Geis** (Hamburg), **Charles Girard** (Lyon), **Ina Kerner** (Koblenz-Landau), **Regina Kreide** (Giessen), **Oliver Marchart** (Wien), **Stephan Moebius** (Graz), **Maria Muhle** (München), **Martin Nonhoff** (Bremen), **Dirk Quadflieg** (Leipzig), **Hartmut Rosa** (Jena), **Rainer Schmalz-Bruns** (Hannover)

Die Forschungsreihe versteht sich als Forum der Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen des Politischen heute. Sie vereint Schriften aus der Politischen Theorie, der Politischen Philosophie, der Sozialphilosophie und der Soziologie. Ohne sich schulpolitisch festlegen zu wollen, verfolgen die Schriften der Reihe die Pfade eines antiessentialistischen, pluralistischen und radikaldemokratischen Denkens des Politischen, wie es sich seit der Mitte der 1980er Jahre vor allem in Frankreich, Italien, England und in den USA formiert hat. Das Themenspektrum der Bände erstreckt sich von dekonstruktiven über genealogische, agonistische, diskurs- und hegemonie-theoretische Ansätze bis in die Felder der Gouvernementalitätsstudien, des (Post-)Feminismus und der Postcolonial Studies. Die Reihe eröffnet eine konstruktive Kontroverse über die Diskurse des Politischen und sucht zugleich nach Perspektiven ihrer Weiterentwicklung.

Ralf Mayer | Alfred Schäfer [Hrsg.]

Populismus – Aufklärung – Demokratie



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6278-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-0387-1 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Populismus – Aufklärung – Demokratie <i>Ralf Mayer und Alfred Schäfer</i>	7
Populismus. Holz- oder Königsweg der Politischen Theorie? <i>Astrid Séville</i>	27
Populismus und Volkssouveränität <i>Fabio Wolkenstein</i>	45
Die Plebejer proben den Aufstand. Paradoxien populärer Politik <i>Kolja Möller</i>	67
Populismus – Technokratie – Demokratie <i>Karin Priester</i>	91
Ungleicher und kombinierter Populismus in der Europäischen Union. Ein theoretisches Modell der Interdependenz populistischer Erfolge in Europa <i>Floris Biskamp</i>	113
Hilfloser Antipopulismus? Populismus als Krisensymptom der medialen Normaldemokratie <i>Jürgen Link</i>	139
Autoritäre Verschiebungen als Symptom und Medium verdrängter Krisen <i>Tino Heim</i>	157

Inhaltsverzeichnis

Rechtsparteien gegen Kosmopoliten? Neue Spaltungen im transnationalisierten Container <i>Cornelia Koppetsch</i>	193
Ressentiment als Kritik? Annäherung an ein problematisches Verhältnis <i>Alfred Schäfer</i>	221
Empörung als Bildungsproblem oder -impuls? <i>Ralf Mayer</i>	245
Verzeichnis der Beitragenden	279

Einleitung: Populismus – Aufklärung – Demokratie

Ralf Mayer und Alfred Schäfer

Während das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen in Deutschland vor wenigen Jahren noch als ein episodisches Phänomen erscheinen konnte, das man mittels einer aufklärerischen, insbesondere kritischen Arbeit am öffentlichen Bewusstsein zu überwinden hoffte, sind entsprechende politische Parteien wie auch weniger institutionalisierte Akteure in den letzten Jahrzehnten nicht nur hierzulande erfolgreicher geworden. So sieht nicht allein Philip Manow „Populisten allerorten“¹ am Werk. Und die darauf bezogenen öffentlichen Debatten bedienen ein weites Spektrum möglicher Positionierungen: Von Beunruhigung und Unverständnis, Polemik, Ablehnung und Diskreditierungsstrategien bis hin zu Affirmation, Solidarisierungs- und Radikalisierungstendenzen, existieren unterschiedlich justierte Formen der Artikulation. Versuche, politische Standpunkte gegen Meinungen, Gruppierungen und Parteien rechts von einer wie auch immer gefassten ‚Mitte des Volkes‘ zu profilieren, scheinen dabei gegenwärtig ebenso präsent wie Auffassungen, die auf entsprechende Äußerungen mit der Rede von einem ‚Ernstnehmen der Ängste der Bevölkerung‘ als einer Art Nährboden des Populismus reagieren. Verlässt man zudem eine enge phänomenale Ebene, lassen sich populistische Dynamiken in ihren verschiedenen Ausprägungen bspw. als Krisenphänomene diskutieren, die den Streit darüber öffnen, ob es sich hier vor allem um Effekte ökonomischer, politischer oder kultureller Ungleichheiten und Verteilungsprobleme handelt oder ob wir aktuell und transnational heterogene, aber eben originäre Aspekte demokratischer Auseinandersetzungen selbst beobachten können, bei denen es jedoch unklar bleibe, ob sich rechtspopulistische Parteien als Arrangement einer weiterhin demokratischen Politik ‚normalisieren‘ lassen oder ob eher davon zu sprechen sei, dass etablierte demokratische Institutionen gegenwärtig Mittel und Räume bereit stellen, um sich – demokratisch – selbst zu unterminieren und unterzugehen.² Jenseits solcher Zuspitzungen nahm bereits in den 1980er Jahren Helmut Dubiel

1 Manow, *Die Politische Ökonomie des Populismus*, S. 7.

2 Vgl. Hagedorn et al., *Wenn Demokratien demokratisch untergehen*.

die aufkommenden populistischen „Assoziationsräume“³ in den Blick, in denen sich von den vorherrschenden Repräsentationssystemen abweichende Artikulationen beobachten ließen, über die sich „Politiker, Parteien und andere politische Formationen zu dem umworbenen ‚Volk‘ in Beziehung setzen.“⁴ Bis in die Gegenwart versammeln sich demnach unterschiedlich massive und flottierende Positionen, Strategien und Praktiken in der Bezeichnung *Populismus*, so dass man diese Ausdrucksformen und Krisen politischer Repräsentation kaum ‚auf den Begriff‘ bringen kann⁵ oder sich zu ihrer Bezeichnung sogar auf die Formel eines „leeren Signifikanten“,⁶ respektive einer „Leerformel“⁷, verwiesen sieht.

Auch wenn man sich demzufolge über eine Definition des Populismus nicht einig ist, wenn man sich darüber streiten mag, ob es sich soziologisch um die Gegenwehr der Modernisierungsverlierer handelt oder derjenigen, die prospektiv um den Verlust ihres (ökonomischen, politischen) Status fürchten,⁸ wenn man über die Grenzen zu den klassischen sozialen Bewegungen der 1970er und 80er Jahre, zu Protestformen oder zum Extremismus uneinig ist und wenn man über den politischen Status solcher ‚Bewegungen‘, ihre Organisationsform, Ideologie oder Stimmung unterschiedlicher Ansicht sein mag – weitgehende Einigkeit herrscht in der Literatur über folgende formale Kennzeichen: Der Populismus beruft sich auf ‚das Volk‘, das als Einheit der einfachen, aber aufrichtigen und um die wahren Belange wissenden Bürger vorgestellt wird. Autorisiert wird darüber u. a. eine Kritik an Eliten, ‚Expertokratien‘ und Stellvertretungsansprüchen unterschiedlicher Couleur, die dieses Volk, von dem her sie doch eigentlich ihre Legitimation empfangen, vergessen oder verraten haben. Im Namen der Volkssouveränität wird außerdem nicht nur gegen bestimmte Entwicklungen auf Seiten der politischen Repräsentation Position bezogen; zumindest tendenziell wird in einer radikalisierten Version auch gegen das politische System der Repräsentation mit seinen Akteuren, Institutionen und (korrumpierenden) Verflechtungen *als solches* protestiert. ‚Das Volk‘ wird dabei als eine letztlich vopolitische Einheit aufgerufen – und so als eine Instanz imaginiert, die noch vor jeder Repräsentation eine

3 Dubiel, *Vorwort*, S. 7.

4 Ebd.

5 Vgl. Müller, *Was ist Populismus?*

6 Laclau, *Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?*, S. 65.

7 De Mazza/Vogl, *Im Schattenwurf der Demokratie*.

8 Vgl. Spier, *Modernisierungsverlierer?*; Manow, *Die Politische Ökonomie des Populismus*.

einheitliche Ganzheit darstellt. Es ist diese vorpolitische Einheit, die letztlich in jeder Form der politischen Repräsentation nur unvollständig, verfälscht etc. wiedergegeben werden kann. Die rechtspopulistische Kritik richtet sich daher nicht nur gegen eine bestimmte Form der Repräsentation (wie etwa vor allem nach 2015 gegen ‚die‘ Flüchtlingspolitik), sondern stellt das Prinzip der Repräsentation selbst in Frage. Populistische Führungsfiguren präsentieren sich vor diesem Hintergrund als unmittelbare Sprachrohre des wahren Souveräns, dessen Verrat durch das herrschende System eine empörte Gegenwehr verlangt: Mit alternativen Formen der Partizipation, wie etwa Volksentscheiden, fordern sie eine direkte Demokratie, in der die Kritik an einem nicht mehr funktionierenden Repräsentationsmodell zum Tragen kommt. Diese Kritik arbeitet nicht zuletzt mit identitätspolitischen Ambitionen und Parteilichkeiten, in denen die Frage nach der Berechtigung spezifischer politischer Artikulationen unterschiedlich radikale Kontroversen um politisch (il-)legitime Gestaltungsformen, Zugehörigkeiten, Gewalt usw. aufwerfen kann.⁹ Die mögliche Schärfe dieser Auseinandersetzungen hängt dabei nicht zuletzt am populistischen Anspruch, ‚das Volk‘ nicht nur zu repräsentieren, sondern ihm unmittelbar zur Stimme zu verhelfen. Die Unmöglichkeit dieser unmittelbaren Repräsentation legt es nahe, etwa die eigene parteipolitische Vertretung auf der politischen Bühne durch die Betonung affektiver Nähe – bspw. im Anschluss an die ‚Wut des Volkes‘ und dessen Mobilisierung – zu ergänzen, um auf diese Weise die unvermeidliche Lücke zwischen politischer Repräsentation und Präsenz zu schließen.

Eine solche Annäherung an das Phänomen des Populismus lässt die Vermutung aufkommen, dass (sozial)psychologische Erklärungen, pädagogische Interventionsbemühungen oder Rückgriffe auf soziologisch akzentuierbare Neiddebatten, insbesondere auch die Rede von Modernisierungskrisen und damit verbundenen normativen Orientierungsverlusten oder gar einem „Proletarisierungstrend“,¹⁰ zu kurz greifen. Denn der

9 Vgl. Canovan, *Populism*; Decker, *Populismus*; Priester, *Populismus*; dies., *Rechter und linker Populismus*; Müller, *Was ist Populismus?* u.v.m. – Zu den unterschiedlichen historischen Kontexten und Konjunkturen des Populismusverständnisses: vgl. Faber/Unger, *Populismus in Geschichte und Gegenwart*. Hingewiesen wird hier auch darauf, dass der Populismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den USA und Russland als eine linke Bewegung entstand. Linke populistische Bewegungen finden sich dann auch als Opposition gegen rechte Diktaturen in Südamerika.

10 Hillebrand, *Rechtspopulismus in Europa*, S. 118.

„Aufstieg des Populismus“¹¹ scheint unterschiedlichste Verortungen im Spannungsfeld des verfassungsrechtlich gerahmten Verhältnisses von Volkssouveränität und repräsentativer Demokratie zu eröffnen.¹² Inwiefern entsprechende Positionierungen in einem überdeterminierten und damit stets umstrittenen Raum von ‚populistischen Logiken‘, den ‚Logiken des repräsentativen Systems‘ und einem (vermeintlichen) Common Sense – von darauf bezogenen Selbst- und Fremdzuschreibungen, von (nicht) geteilten Identitäts- und Sprachpolitiken usw. – einsetzen, wäre dabei je und je zu untersuchen. ‚Populismus‘ erweist sich insofern stets als ein „Relationsbegriff“,¹³ der im Protest gegen eine herrschende Form nicht ohne entsprechende Referenzen zu verstehen ist. Diese Relationierung kann sich dabei – wie erwähnt – sowohl auf bestimmte Formen und Inhalte einer Repräsentation wie auch auf den Anspruch der Repräsentation als solchen richten. Die Behauptung einer spezifischen Differenz und Asymmetrie zwischen dem Interesse des ‚Volkes‘ und einem Ausdruck des ‚Repräsentationssystems‘ erscheint selbst dann als dominantes Motiv, wenn die Position, gegen die sich die Auflehnung richtet, nicht der ihr in der populistischen Artikulation verliehenen Identität oder Dramaturgie entspricht. Daher kann, wie Bernd Stegemann formuliert, „Populismus [...] weder über seine Inhalte noch über seine Form erfasst werden, sondern nur durch das Verhältnis, in das er die beiden Seiten bringt.“¹⁴ Die damit visierte Relationalität verweist ihm zufolge prinzipiell auf (demokratische) Prozesse der Auseinandersetzung um politische Positionen und Reglementierungen des (Un-)Sagbaren, die ‚vom Volk‘ anerkannt und geteilt werden – oder eben nicht. Insofern populistische Dynamiken die Frage nach einem wie auch immer genau verstandenen ‚Gemeinsinn‘ sowie die politische und pädagogische Arbeit an diesem aufwerfen, reflektiert sich in entsprechenden Artikulationen und Adressierungen ein demokratisch irreduzibler Streit um die Inhalte sowie „die Art und Legitimität politischer Partizipation“.¹⁵

Ein so gefasster Fokus auf das Phänomen macht es allerdings zunehmend schwierig, die politische Auseinandersetzung mit dem Populismus, gerade mit Blick auf Prozesse der ‚Meinungsbildung‘ und der ‚Bildung

11 Müller, *Was ist Populismus?*

12 Vgl. Canovan, *Trust the People!*; Decker, *Demokratischer Populismus und/oder populistische Demokratie?*

13 Priester, *Wesensmerkmale des Populismus*, S. 3.

14 Stegemann, *Das Gespenst des Populismus*, S. 14.

15 De Mazza/Vogl, *Im Schattenwurf der Demokratie*.

öffentlichen Bewusstseins“,¹⁶ unter die Opposition von Irrationalität und Rationalität zu bringen – als müsste man ‚die Populisten‘ nur über Sinn und Rationalität des repräsentativen Systems aufklären, um sie zur Vernunft zu bringen. Die Frage nach jeweils dominanten Logiken und Legitimitäten scheint sich vielmehr gängigen Vorstellungen von Belehrung, Wissen und Fakten zu verweigern. Eher drängt sich die Frage auf, ob eine solche Aufklärungsperspektive,¹⁷ die sich in pädagogischen und politischen Programmen niederschlagen mag, nicht nur ihre Erfolgchancen verkennt, sondern auch ihren eigenen Stellwert als eine *Positionierung unter anderen* im politischen Streit. Dieser Streit ist als demokratischer nicht durch die Berufung auf eine einzig mögliche Rationalität zu schlichten, sondern er verdankt sich gerade der Möglichkeit, dass es unterschiedliche Begründungsansprüche für das, was als richtig oder vernünftig gelten soll, gibt, ohne dass ein gemeinsam geteiltes Schlichtungskriterium vorhanden wäre. Das verfassungsrechtlich bestimmte Verhältnis von Volkssouveränität und demokratischer Repräsentation steht nicht zuletzt für die Unmöglichkeit einer solchen gemeinsamen Grundlage. Wie der Souverän sich als einheitlicher nur in seiner Repräsentation zeigt, die ihm erst eine Form gibt, so kann die Repräsentation niemals beanspruchen, den Souverän auf die einzig mögliche Weise zu repräsentieren. Die politischen Strategien und Begründungsfiguren – egal von welcher Seite – können sich daher nicht auf eine allgemein verbindliche, unbestreitbare Form oder Kontinuität – in Gestalt von Rationalität oder Gemeinsinn, Norm oder Gesetz – berufen.¹⁸ Ein derartiger Aufklärungsanspruch übergeht, dass die permanente Möglichkeit einer Krise der politischen Repräsentation einen konstitutiven Bestandteil der Demokratie darstellt und dass die Legitimität solcher Krisen nicht davon abhängt, dass das Bestehende am Postulat und den Maßstäben einer zugrunde liegenden Vernunft gemessen wird. Weder die im demokratischen System unterschiedlichen (etwa parteipolitischen) Repräsentanten noch das Volk als Souverän, das als solches auf eine Vielfalt heterogener Konstellationen und Konflikte verweist, können für sich eine solche fundierende Vernunft beanspruchen. Als Souverän erscheint das Volk eher dadurch, dass es nicht einfach an Standards der Rationalität gebunden ist, die von seinen Repräsentanten vorgegeben werden. Und die Repräsentanten scheinen ihre (delegierte) Souveränität dann erlangen zu können, wenn sie sich nicht nur in hegemonialen Auseinandersetzungen

16 Dubiel, *Vorwort*, S. 7.

17 Vgl. Dubiel, *Populismus und Aufklärung*.

18 Vgl. Menke, *Am Tag der Krise*.

mit konkurrierenden Repräsentationsansprüchen, sondern auch gegenüber dem Volk als Souverän behaupten. Diese Konstellation lässt sich in wenigen Linien skizzieren:

a) Damit wird zunächst auf die Beobachtung angespielt, dass sich die Äußerungen des Souveräns nicht über die Anerkennung der Direktiven einer allgemeinen vernünftigen Position rechtfertigen müssen. Das Volk ist gerade deshalb souverän, weil es die an es herangetragenen Begründungen ablehnen oder zurückweisen kann, ohne sich dafür selbst wiederum auf bessere Begründungen beziehen zu müssen. Die Verfahren der Wahl mögen hier als Beispiel dienen: Auch wenn in abenteuerlichen Konstruktionen ‚dem Wähler‘ eine Intentionalität zugeschrieben werden mag, so dienen solche Verfahren doch vorrangig dazu, die vielleicht noch unterstellbare individuelle Rationalität im Wahlvorgang an eine bestimmte Partei abzutreten und insofern zu suspendieren. Weder vermag der „freiheitliche, säkularisierte Staat [...] [entsprechende] Voraussetzungen [zu] [...] garantieren“,¹⁹ die eine Selbstverpflichtung des Souveräns auf die Akzeptanz des politischen Systems sicher stellen, noch existiert ein von allen Angehörigen des Staats gleichermaßen geteilter Bezugspunkt als Grundlage für die Beurteilung konkreter politischer Entscheidungen und Artikulationen. Zugespitzt könnte man sagen, dass die Souveränität des Volks (sein letztlich auch vom repräsentativen System her garantiertes subjektives Recht) darin besteht, sich unvernünftig, egoistisch usw. positionieren zu können. Das subjektive Recht beinhaltet so konstitutiv die Möglichkeit der Konfrontation mit dem (politischen, moralischen etc.) Common Sense wie auch mit den in seinem Namen und von ihm in Verfahren legitimierten Repräsentationsinstanzen. Ob allerdings die Form des verfassungsmäßig bestimmten Verhältnisses von Souveränität und Repräsentation selbst auf diese Weise in Frage gestellt werden kann, ohne mit der Repräsentation auch die Möglichkeit der Einnahme (anfechtbarer) souveräner Positionierungen aufzuheben, wird aus der Perspektive einer radikalen Demokratietheorie²⁰ als zentrales Problem aufgerufen: Diese Relationierung aufzuheben, beschwört aus dieser Perspektive die Gefahr des Totalitarismus

19 Böckenförde, *Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation*, S. 112. – In Christoph Menkes Lesart richtet sich das so genannte Böckenförde-Theorem durchaus gegen eine „Demokratie- und Liberalismuskritik von rechts“ (Menke, *Am Tag der Krise*, S. 115), da es im Kontext von Hegels Rechtsphilosophie gerade um eine positive Rezeption der Zerrissenheiten gehe, „die die Moderne definieren – Staat und Gesellschaft, Gemeinwesen und Individuum, Kultur und Ökonomie“ (ebd., S. 116).

20 Vgl. Lefort, *Die Frage der Demokratie*.

herauf. Inwiefern also ein von den Kriterien und Logiken der jeweils dominanten Repräsentationsformen sich ‚real‘ lösender bzw. unabhängiger politischer Raum einer ‚direkten‘ Demokratie und/oder totalitären Verfügung als möglich behauptet werden kann, wäre mit Blick auf den Populismus eigens zu prüfen.²¹

b) Eine Verpflichtung der Volkssouveränität auf die im repräsentativen System formulierten Ansprüche und Begründungen scheint jedoch nicht nur aus prinzipiellen Gründen problematisch zu sein. Zwar gewinnen die gewählten Repräsentanten ihre eigene Souveränität dadurch, dass sie dem ‚Volk‘ über Gesetze, Regelungen und Rechtfertigungsdiskurse ‚eine Form‘ geben, aber diese hebt das Recht auf Widerspruch nicht auf – ein Widerspruch, der mit den verfassungsmäßig verbürgten Rechten rationalisiert werden kann. Zudem würde eine solche verpflichtende Bindung des Volkes als Souverän an seine Vertreter immer schon voraussetzen, dass das System politischer Entscheidungsfindung auf rational bestimmbarer und einsichtiger Grundlage operiert. Dagegen spricht nicht nur der Sachverhalt, dass Problemstellungen und Lösungsperspektiven in Demokratien immer umstritten bleiben, dass die Infragestellung politischer Macht selbst zu den hegemonialen Artikulationsvarianten gehört.²² Dagegen spricht (empirisch) auch eine zunehmende Diversifizierung und Abhängigkeit von mächtigen Akteuren. So verweist etwa das Konzept der

21 Es ist dies wahrscheinlich auch ein Punkt, an dem sich das Verhältnis von linkem Populismus (vgl. Laclau, *On Populist Reason*; Mouffe, *Für einen linken Populismus*) und rechtem Populismus diskutieren ließe. Erscheinen beide unter dem Aspekt rational gestalteter Räume politischer Repräsentation als gleichermaßen problematisch, so ließe sich vor dem Hintergrund dieser Überlegungen zur Volkssouveränität fragen, ob sich nicht doch eine Unterscheidung markieren lässt. Eine solche Unterscheidung hätte weniger mit den Strategien der Mobilisierung und der Problematisierung der politischen Repräsentation gesellschaftlicher Verhältnisse zu tun. Eher ließe sie sich – vor dem Hintergrund einer Parteinahme eines linken Populismus für eine radikale Demokratietheorie und gegen den Totalitarismus – so verstehen, dass aus der Perspektive eines linken Populismus am wie auch immer problematischen Verhältnis von Volkssouveränität und Repräsentation festgehalten wird. Anders formuliert: Es wird keine (tendenziell totalitäre) Identität von Repräsentanten (bzw. Aktivisten) und Repräsentierten postuliert, die als solche das System einer repräsentativen Demokratie in Frage stellt. Die Vermutung, dass an dieser Stelle eine systematisch bedeutsame Abgrenzung von linkem und rechtem Populismus tragfähig sein könnte, wäre allerdings genauer zu untersuchen.

22 Vgl. Lefort, *Die Frage der Demokratie*; Laclau/Mouffe, *Hegemonie und radikale Demokratie*.

Postdemokratie²³ im Kontext einer ökonomisch ausgerichteten Globalisierung auf die begrenzten Einflussmöglichkeiten von Nationalstaaten, auf die Relevanz internationaler Organisationsformen, die Einflüsse von Lobbyisten und NGOs oder auf die Problematik von Konventionen, wie den Menschen- und Verfassungsrechten. Die damit angedeuteten Verflechtungen machen einerseits das Feld möglicher Verantwortungszuschreibungen und Interventionen unübersichtlich und lassen rationale Zugriffe eher als simplifizierende Konstruktionen erscheinen. Die Frage, inwiefern andererseits exakt diese Unübersichtlichkeit die unterschiedlichsten populistischen Imaginationen und Kalküle zu motivieren und zu legitimieren vermag, verweist überdies auf vielfältige analytisch-empirische Fragestellungen, die um Aspekte wie identitätslogische und -politische Varianten der Reduktion von Komplexität, um simple Schuldzuweisungen und scheinbar einfache Lösungen kreisen.

c) Nach dem bisher Erörterten lassen sich aber solche Fragestellungen nicht einfach auf eine bestimmte Auffassung des Populismus eingrenzen. Auch die Repräsentanten des politischen Systems sind, um Akzeptanz für ihre Entscheidungen zu generieren, gezwungen, dem Souverän die unüberschaubaren Abhängigkeiten sowie die eigenen politischen Aktionen in diesem Feld plausibel zu machen. Dies erfordert ebenfalls Vereinfachungen, die Konstruktion von Alternativen und Unausweichlichkeiten, die Profilierung von Befürwortern und Gegnern sowie die Unterdrückung von Informationen und das Spiel mit der Differenz von Wahrheit und Täuschung. Man muss an dieser Stelle nicht auf die Mediokratie mit ihren Strategien der Simplifizierung, der Personalisierung oder Moralisierung, auf ‚Politiken der Emotion oder des Affekts‘ zurückgreifen,²⁴ um zu verdeutlichen, dass die Lücke zwischen dem politischen System und dem Souverän hier nur wiederum mit populistischen Mitteln, mit Interdiskursen²⁵ oder einem populären Wissen²⁶ geschlossen werden kann. Der Einsatz solcher Mittel unterläuft selbst immer schon die Logik von rationalen Programmatiken. Der Aspekt der ‚Plausibilität‘ gewinnt in dieser Hinsicht eine stets problematische Form, insofern in Frage steht, inwieweit sich die Grenzen zwischen politischen Argumenten und moralischen Interessen, zwischen aufklärerischen Absichten und deren Erosion, die selbst die Mo-

23 Crouch, *Postdemokratie*.

24 Vgl. Meyer, *Mediokratie*; Heidenreich/Schaal, *Politische Theorie und Emotionen*; Slaby, *Affekt und Politik*.

25 Vgl. Link, *Versuch über den Normalismus*.

26 Vgl. Fiske, *Elvis*.

dalitäten „aufklärerischer Enthüllungsstile zum Zweck des Machterhalts“²⁷ nutzen, zwischen Imagination und Wissen etc., überhaupt scharf formulieren lassen. Es scheint so, dass das politische System ohne solche populistischen Strategien wohl kaum ein Ziel wie die Anerkennung der Bevölkerung und deren Engagement erreichen kann. Die Notwendigkeit der Produktion von Möglichkeiten der Bindung und geteilter Überzeugung markiert damit einen stets problematischen Aspekt, insofern sich das politische Repräsentationssystem nicht zuletzt über das Versprechen einer Stellvertretung des Volkes autorisiert – und dabei die eigene Position als legitim(iert)e Form der Selbstregierung des Volkes imaginiert. Will man die Verbindung von Volkswillen und Repräsentation demnach als gegeben postulieren, bedarf es ebenso der Unterstellung einer gemeinsam geteilten Position wie auch der gegenläufigen Behauptung von Rationalitäts- oder Wissensdefiziten auf Seiten des Volks, die machtvolle Formen der Repräsentation erfordern. Der Appell an Vernunft oder ‚Sachlichkeit‘ in politischen Debatten konkretisiert sich daher stets in Spannung zur Interessenabhängigkeit bzw. Partikularität entsprechender Positionen und so zu den herrschenden Diskurslinien. Jacques Rancière radikalisiert diese Diskrepanz auf folgende Weise: „Populismus ist das bequeme Wort, hinter dem sich der heftige Widerspruch zwischen Volks- und Wissenslegitimität versteckt, die Schwierigkeit der Expertenregierung, sich mit den Erscheinungen der Demokratie und selbst der Mischform des repräsentativen Systems abzufinden.“²⁸

d) Dass noch das jeweils leitende Verständnis der Rede ‚vom Volk‘, dabei umstritten ist, erschwert zudem die politischen Auseinandersetzungen. So werden mit der Inanspruchnahme der Zuschreibung ‚Volk‘ unterschiedliche Repräsentationsfiguren aufrufbar, die einen Raum der Imagination von Zugehörigkeit, Einheit und Identifikation bis hin zu unterschiedlichen Problematisierungs- oder Distinktionspraktiken öffnen. Radikaldemokratische Positionen akzentuieren diesbezüglich, dass der Referent ‚das eine Volk‘ als solches gerade nicht existiert: weder als vorgängige Instanz noch als prinzipiell konturierbare kollektive Identität.²⁹ Demokratische Herrschaftsformen bilden demzufolge ein „Regime der Unruhe“,³⁰ insofern diese keinen vollständig in sich organisierten und damit geschlossenen politischen Ausdruck gewinnen können.

27 De Mazza, *Politik und Lüge*, S. 127.

28 Rancière, *Der Hass der Demokratie*, S. 119.

29 Vgl. Rancière, *Das Unvernehmen*.

30 Marx, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, S. 153.

Den Ort und die Funktion von Aufklärung und Rationalität – so könnte man eine Konsequenz der bisherigen Problematisierung kennzeichnen – wird man wohl selbst als Gegenstand politischer Auseinandersetzung verstehen müssen, die sich im Spannungsfeld zwischen Volkssouveränität und den Institutionen und Entscheidungen der repräsentativen Demokratie ereignen. Wenn also populistische Formen eine Krise der Repräsentation artikulieren, indem sie deren Verselbständigung gegenüber den demokratischen Erwartungen der Bevölkerung beklagen, dann erweist sich die Gegenwehr des politischen Systems stets prekär, insofern sie vermeiden muss, ‚den‘ Souverän bspw. in einen vernünftigen und einen irrationalen Teil zu spalten. Denn eine solche Teilung würde ihre eigene Legitimation in Frage stellen, die an ‚das Volk‘, aber nicht an dessen Rationalität gebunden ist.

Eine Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen ‚Herausforderung des rechten Populismus‘ wird diese Konstellation bedenken müssen. Sie wird sich u. a. in den Spannungsfeldern von Rationalität und Autorisierung, von Rationalität, Affektivität sowie Ressentiment, von politischen Strategien und anderen strategischen Einsätzen, von politischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten wie Grenzen der Repräsentation, von demokratischen Aspirationen und realen Funktionsweisen des politischen Systems, bewegen. Der letztlich unmögliche Versuch, jene Imagination von Demokratie als ‚Ausdruck des wahren, ungeteilten Willens eines authentischen Volkes‘ zu realisieren, scheint als Referenz auf die Volkssouveränität diesbezüglich ebenso Teil der Autorisierungspraktiken populistischer Sprecher und Führer zu sein, wie sie sich auch in der Legitimierung staatlicher Organe findet. Dies ließe sich in der These zuspitzen, dass die behauptete Rationalität politischer Organisationen, prozessualer Ordnungen und einer implementierten *balance of power* nicht nur deshalb prekär bleibt, weil das Politische ein Ort endloser Auseinandersetzungen ist, sondern weil keine Positionierung ungebrochen für sich beanspruchen kann, im Namen des Volkes zu sprechen.

Wenn die Untersuchung angedeuteter Konstellationen sich damit an einem Verständnis des Politischen abarbeitet, in dem es keine definitive Positionierung mehr geben kann, so gilt für die bisherigen Ausführungen doch, dass die geschilderten Spannungsverhältnisse selber noch in einem demokratischen Raum stattfinden. Die in der Diskussion um den rechten Populismus skizzierten Fragestellungen im Spannungsfeld von Volkssouveränität und Verfassungsstaat stoßen dementsprechend dort an eine Grenze, wo die Logik demokratischer Auseinandersetzungen selbst durch einen extremistischen (totalitären) Anspruch erodiert.

Zu den Beiträgen

Die Beiträge dieses Bandes gehen in der Mehrzahl auf Vorträge im Rahmen einer Tagung zum Thema ‚Populismus – Aufklärung – Demokratie‘ zurück, die vom 29.6. bis 1.7.2017 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg stattgefunden hat. Sie nähern sich unterschiedlichen Aspekten der skizzierten Problematik des Rechtspopulismus unter Rückgriff auf politikwissenschaftliche, soziologische, kulturwissenschaftliche, philosophische oder bildungstheoretische Perspektiven. So nimmt der Beitrag von *Astrid Séville* seinen Ausgangspunkt von der Frage, ob die Grenze zwischen demokratischen Legitimationsbemühungen und populistischen Argumentationen hinreichend scharf zu markieren ist. Séville prüft die Frage nach einer solchen Grenzmarkierung an der postfundamentalistischen Demokratietheorie Laclaus. Für Laclau bilden populistische Strategien den Weg, auf dem sich in Demokratien steuerungsrelevante Mehrheiten bilden: Sie zielen mit Hilfe leerer Signifikanten auf die Integration unterschiedlicher Positionierungen, die zugleich antagonistisch durch Abgrenzung von einer Gegenposition gestützt wird. Séville geht nun der Frage nach, ob eine solche hegemonietheoretische Lesart des Populismus nicht notwendig die plurale Differenziertheit moderner Gesellschaften (antagonistisch) reduzieren muss – eine Pluralität, deren Gewährleistung doch zugleich die formale Voraussetzung hegemonialer Strategien ist. Eigentümlich hilflos erscheine diese Annäherung von radikalem Demokratieverständnis und Populismus zudem angesichts einer rechten Essentialisierung des ‚Volkes‘ und der damit einhergehenden Konstruktion einer feindlichen Bedrohung von außen.

Fabio Wolkenstein untersucht Verschiebungen im Konzept der Volkssouveränität. Rechtspopulistische Positionierungen behaupten deren Einschränkung durch herrschende Eliten und gehen von einer direkten Handlungsfähigkeit aus: Das Volk als Souverän könne zum aktiven und einzig legitimen Gestalter des eigenen Schicksals werden. Die Ablehnung des politischen Establishments bildet von hierher eine Zurückweisung des Prinzips der Repräsentation und der unterschiedlichen Modelle einer demokratischen Partizipation, die von einer Strittigkeit und der notwendigen Organisation unterschiedlicher Meinungen ausgehen. Im Gegensatz zu einer demokratisch-prozeduralen Idee von Volkssouveränität ist nach Wolkenstein für den Populismus kennzeichnend, dass das Volk als Souverän zugleich als eine moralisch kodierte Einheit verstanden wird, die ihre eigene Handlungsfähigkeit in einer populistischen Partei (zurück)gewinnt. Mit Blick auf unterschiedliche rechtspopulistische Entwicklungen zeigt

sich eine moralisierende Form der Polarisierung, die den ‚Wert‘ eines durch Diffusion, Pluralität oder Emanzipationsbewegungen bedrohten, harmonisch imaginierten Volkes hervorhebt, um die Bedingungen für eine populistisch verkörperte Handlungsweise des Volkes, für dessen ebenso als einheitlich wie als bestimmend gedachte direkte Artikulation zu gewinnen.

Auch der Beitrag von *Kolja Möller* knüpft an den Gedanken der Volkssouveränität an, um von ihm her eine tragische Grundstruktur des Populismus rechter, liberaler wie linker Prägung aufzuzeigen. Diese Tragik besteht darin, dass sich die Berufung auf das Volk als vopolitischen Souverän letztlich als eine politische Strategie verstehen lässt, die dessen instituierende Macht dann doch wieder in ein Herrschaftsverhältnis gegenüber dem Volk verkehrt. Mit Blick auf rechte Populismen mit ihrer scharfen Entgegensetzung von vopolitischem Volk und politischer Elite und ihrer Figuration der Bedrohung des Volkes von außen, lässt sich die Tendenz beobachten, dass sich antiautoritäre Forderungen in autoritäre Beherrschungsmodelle verkehren. Der linke Populismus, der von einer Heterogenität der ‚Leute‘ ausgeht, deren Einheit gegenüber der organisierten Politik erst hergestellt wird, lässt sich für Möller von der Vorstellung einer machtvollen Intervention leiten, die dann entweder vom politischen System neutralisiert wird oder zu Gegenreaktionen führt, die die Ohnmacht der Intervention für die Beteiligten erfahrbar machen. Aber auch Alternativen, die die tragische Grundstruktur des Populismus dadurch zu vermeiden versuchen, dass sie eher auf die Verweigerung oder den Verzicht auf eine Intervention in das politische System setzen, bleiben problematisch, weil sie das Problem der Verallgemeinerung und ihrer eigenen Bedeutsamkeit für die politische Gestaltung des Gemeinwesens nicht hinreichend berücksichtigen. Möller plädiert für eine politische Strategie, die eine populäre Politik nicht in einem klaren Oppositionsverhältnis zum politischen System positioniert, sondern die ihre Veränderungsperspektiven an eine Analyse komplexer und hybrider Machtverhältnisse bindet und damit in die Lage versetzt wird, ihre Strategien im Spannungsfeld von politischem System und plebejischem Einsatz, von Macht und Ohnmacht zu reflektieren.

Es ist die Fülle der in letzter Zeit erschienenen Publikationen zum Populismus, die *Karin Priester* nach einer darin weniger beachteten Gefahr für den demokratischen Parlamentarismus fragen lässt. Diese Gefahr identifiziert sie in technokratischen Formen der Politik. Mittels einer Typisierung technokratischer und populistischer Motive gewinnt die Autorin ein Deutungsmodell, über das Nähen und Differenzen beider Ebenen dechif-

friert und aktuelle politische Entwicklungen auf jeweilige Aspekte hin untersucht werden können. So binde sich technokratisches Handeln an Auffassungen einer instrumentellen Zweckrationalität und Effizienzorientierung, die Schemata von Objektivität und damit Plausibilitätsannahmen unterstellen, an denen sich jedes alternative Bewertungsmodell zu messen habe. An die Stelle umstrittener demokratischer Aushandlungsprozesse, die sich um Fragen der machtvollen Durchsetzung partikularer Interessen und der Repräsentationsproblematik organisieren, trete das Postulat einer gegenüber Werturteilen und politischen Ideologien ‚neutralen‘ Technokratie von Experten, die das Handeln in den Kabinetten anleiten sollen. Priester spricht diesbezüglich von der Gefahr einer Entpolitisierung kollektiver Entscheidungsprozesse, da das ‚Expertenwissen‘ eine Legitimität beanspruche, die sich den demokratischen Legitimationsvorgängen zu entziehen suche. Demgegenüber diskutiert die Autorin, inwiefern populistische Polarisierungen – durchaus auch in etablierten Parteien – eine Kritik an solchen bürokratischen Bündnissen artikulieren, da in diesen die Interessen der breiten Bevölkerung abgeblendet erscheinen. Entsprechende Entwicklungen verfolgt sie mit Blick auf unterschiedliche Koalitionen des parlamentarischen Parteiensystems und technokratischer Einsätze in ausgewählten europäischen Regierungen der Nachkriegszeit wie in den USA.

Floris Biskamp nimmt die aktuell diskutierte Beobachtung auf, dass sich in fast allen Ländern Europas eine Konjunktur populistischer Bewegungen zeigt, dass dabei allerdings die jeweiligen Formen, Inhalte und deren politischen Auswirkungen stark differieren. Ihn interessiert an der Stelle weniger die Möglichkeit der Abgrenzung populistischer von nicht-populistischen Parteien oder Mobilisierungsstrategien. Entscheidend für seine Argumentation erscheint vielmehr das Konzept der ‚Repräsentationslücke‘, das den Fokus auf die fehlende Resonanz zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und dem etablierten Spektrum regierender oder auch oppositioneller Parteien richtet: In diesem Sinne bearbeiten populistische Projekte die Frage, inwiefern sich ‚das Volk‘ durch ‚den Staat‘ angemessen vertreten ‚fühlt‘. Vielfalt und Erfolg populistischer Dynamiken entscheiden sich hier über die bindende wie mobilisierende ‚Kraft‘ von Repräsentationsangeboten für soziale Gruppen und politische Haltungen. Entsprechend gilt es, Biskamp zufolge, ebenso die Eigenständigkeit populistischer Bewegungen, etwa hinsichtlich (trans-)nationaler Besonderheiten zu berücksichtigen, wie auch gemeinsame Referenzpunkte und Interdependenzen zu untersuchen. Gemeinsam sei die (je differente) Reaktion insbesondere auf länderübergreifende Krisenphänomene: im Kontext einer liberalisierten und globalisierten Ökonomie, des Spannungsfeldes zwi-

schen nationaler Souveränität und der europäischen Ebene der Politik sowie einer Nivellierung differenter Positionen im etablierten Parteiensystem. Die zugleich diagnostizierten Gemeinsamkeiten wie die Variationen populistischer Formate verknüpft Biskamp in der Rede von einem ‚ungleichen und kombinierten Populismus‘. In dieser Modellierung lasse sich die Kraft entsprechender Bewegungen nicht schlicht auf nationale Kontexte reduzieren, sondern müsse internationale Zusammenhänge berücksichtigen, die Biskamp mit Blick auf die Position einzelner Staaten in der politischen Ökonomie der Europäischen Union interessieren.

Jürgen Link konzentriert sich in seinem Beitrag auf die Frage der Verortung des Populismus im und zum System der Normaldemokratie. Diese lässt sich einerseits als eine Neutralisierung normativer und antagonistischer Frontstellungen im politischen Raum begreifen; andererseits steht sie für die Durchsetzung eines Systems der Normalverteilung politischer Akteure nach dem Modell eines Gleichgewichts, in dem die Mitte als Ort eines unterstellten Konsenses von auf sie hin orientierten Rechts- und Linksorientierungen umgeben ist, die in sich wiederum eine Grenze zum Extremismus ziehen müssen, sollen sie denn als ‚normal‘ gelten. Die Ausgrenzung der Antagonismen erlaubt eine Normalverteilung politischer Positionierungen im Rahmen eines pluralen Spektrums. Das Aufkommen populistischer Bewegungen stellt dabei ein Symptom der Denormalisierung der Normaldemokratie dar. Die Provokation durch die Betonung unterschiedlicher Antagonismen in diesen Bewegungen gewinnt eine politische Relevanz vor allem vor dem Hintergrund weltweiter Finanz- und Wirtschaftskrisen, der Verschärfung der Armutskrise und der mit ihr verbundenen weltweiten Migrationsproblematik usw. Es ist die Populismustheorie von Laclau und Mouffe, die für Link ein analytisches Instrumentarium bereitstellt, mit dem sich diese Situation analysieren lässt. Die Untersuchung hegemonialer Strategien, die sich nicht vorab dem Schema der Normaldemokratie verschreiben und von hierher die Betonung von Antagonismen zu neutralisieren versuchen, erlaubt es, das Verhältnis von Normalisierung und Denormalisierung als politisches Konfliktfeld in den Blick zu nehmen. Eine solche Untersuchungsperspektive verlangt dabei für Link auch, das Populismuskonzept Laclaus so weiterzuentwickeln, dass sein Antagonismuskonzept der Komplexität differentiell organisierter Gesellschaften gerecht wird und nicht selbst einem normativ verfassten Rechts/Links-Gegensatz verhaftet bleibt.

Tino Heim situiert die Auseinandersetzungen mit populistischen Phänomenen im Kontext vergangener wie aktueller Konfrontationslinien, die ihre Dynamik inmitten der Kontroversen ‚normaler‘ politischer und öko-

nomischer Funktionszusammenhänge entfalten. Im ‚normalpolitischen‘ Umgang mit populistischen Bewegungen entschlüsselt der Autor die Verknüpfung des Streits um (il-)legitime Themenfelder und Positionen in sozialen und medialen Räumen mit der widersprüchlichen Arbeit an gesellschaftlichen Strukturkrisen. So sind es gerade die ungelösten Problemkonstellationen einer globalisierten politischen Ökonomie, durch die autoritäre und nationalistische Parteien, Haltungen oder auch (Feind-)Bilder an Einfluss gewinnen – und der ‚mainstream‘ des Parteienspektrums hierzulande wiederum mit der Ablehnung populistischer Entwicklungen reagiert. Heim zufolge geraten in beiden Reaktionen die realgesellschaftlichen Konflikte aus dem Blick: Das transnationale Erstarken autoritärer Bewegungen verweise auf die Janusköpfigkeit einer Parteienlandschaft, die für die Bekämpfung der Krisenursachen keine hinreichenden Lösungen anbietet sowie die öffentliche Aufmerksamkeit auf Schau- und Scheinkämpfe verlagert und dafür selbst repressive Taktiken nutzt. Der Autor verfolgt in diesem Sinne die Gemeinsamkeiten zwischen vorherrschenden politischen Strategien, ‚Deutungsgeboten‘ und rechtspopulistischen Positionen. Entsprechende Nähen entziffert er in gegenläufigen Rezeptionsvarianten neoliberaler Entwicklungen in postdemokratischen Kontexten, die an die Erosion politischer Repräsentationssysteme sowie an eine Zunahme sozialer Spaltungen anschließen. Eine hegemoniale Rolle übernehmen in dieser Logik eher sicherheitspolitische Diskurse, eine nationale Identitätspolitik und sich daran anschließende Abwehrkämpfe, als sozialpolitische Verteilungsfragen. Für Heim stellen diese Entwicklungen letztlich den restriktiven Versuch dar, die globalen Domanzverhältnisse zu sichern und den Streit um entscheidende politisch-ökonomische Konflikte zu unterbinden.

Cornelia Koppetsch verschiebt in ihrem Beitrag ebenfalls die dominanten Begründungsmuster für die Konjunktur populistischer Bewegungen. So werden in Referenz auf Theorien sozialer Ungleichheit die Ursachen für den Erfolg populistischer Rechtsparteien in Europa vorrangig entweder auf sozioökonomische Spaltungen oder kulturelle Konfliktszenarien zurückgeführt, in denen die bisherige Verteilung privilegierter und benachteiligter Positionen erodiert. Theoretisch wie empirisch gehaltvoller erscheint für Koppetsch eine klassentheoretische Perspektive, welche die im Rechtspopulismus aufbrechenden Konflikte um Deutungshoheiten im Kontext gegenwärtiger ökonomischer, politischer wie kultureller Entwicklungen als Einsätze in sozialen Auseinandersetzungen begreift: Die Autorin untersucht die Genese ‚neuer‘ Aufteilungen, Ungleichheiten und Zugehörigkeiten, die sich nicht mehr ohne Weiteres entlang gewohnter Lesarten sozialer Klassendifferenzen dechiffrieren lassen. Eine wichtige

Funktion übernimmt hier die ‚Containermetapher‘, über die sich die Relevanz und Zersetzung unterschiedlicher Grenzziehungen (z. B. in Bezug auf ‚ethno-nationale‘ und identitätspolitische Markierungen) diskutieren lässt. Im Anschluss an die Sozialtheorie von Pierre Bourdieu untersucht die Autorin, inwiefern die Mobilisierungsgrundlagen des Rechtspopulismus an zwei Voraussetzungen gebunden sind: Erstens an eine durch Transnationalisierungsprozesse induzierte horizontale Klassenspaltung, die quer durch alle sozialen Schichten läuft und ein vertikales Bündnis zwischen konservativen Teilmilieus aus oberen, mittleren und unteren Schichten möglich macht. Eine zweite Voraussetzung sieht Koppetsch in der Erfahrung ‚abwärtsmobiler Flugbahnen‘, die geprägt ist durch das Erleben eines Verlusts der Kontrolle über die eigene soziale Position. Eine solche Erfahrung vermag kollektive Effekte zu entfalten, ohne sich allerdings auf eine homogene Gruppen- oder Klassenkonstellation zu beziehen. Daran anschließend beleuchtet der Beitrag die Motive rechtspopulistischer Mobilisierung in drei Milieus: der konservativen Oberschicht, der traditionellen Mittelschicht und der prekären Unterschicht.

Alfred Schäfer fragt nach einer Differenzierung, die nicht allein im aktuellen Diskurs um Populismen und Aufklärung immer wieder genutzt wird: Ihn interessiert die Möglichkeit, kritische Positionierungen von ressentimentgeladenen Artikulationen zu unterscheiden. Beim Versuch beide Ebenen klar voneinander zu trennen, werden allerdings elementare theoretische Schwierigkeiten sichtbar. Schäfer untersucht in mehreren Schritten, inwiefern die Bemühungen, ein Kriterium für ‚Wahrheit‘ oder ‚Objektivität‘ zu generieren, um einen ‚sachlich angemessenen‘ Fokus auf eine beanstandete (soziale) Wirklichkeit von einer voreingenommenen, verzerrten etc. Perspektive unterscheiden zu können, je eigene Unschärfen erzeugen: So lasse sich weder die Grenze zwischen einem unbestreitbaren äußeren Referenzpunkt und einer innerpsychischen, emotional gefärbten Wirklichkeit hinreichend eindeutig markieren, wie auch die Differenz zwischen einer verallgemeinerbaren und einer nur situativen Beobachtung. Dies gelte ebenso für die Anstrengungen, eine scharfe Linie zwischen einem sich auf Vernunft berufenden Bereich und der Sinnlichkeit des Einzelnen zu ziehen. Der Bezug auf ein von den Verortungen der jeweiligen subjektiven Einsätze unabhängiges, d. h. absolutes Wahrheitskriterium, erweise sich letztlich als unhaltbar. Denn zum einen gewinnt der Anspruch der Kritik stets erst in der Abgrenzung, meist der Abwertung des Ressentiments, seine Konturen. Schäfer expliziert zum anderen im Anschluss an Max Scheler, inwiefern die damit verbundene Hierarchisierung von Geltungsansprüchen, angesichts des modernen Gleichheitsanspruchs, stets in

einem intersubjektiv umstrittenen, normalisierten und disziplinierten Sozialraum erfolgt: Jede*r kann sich in Anbetracht der ubiquitären Erfahrung von Ungleichheit auf der Seite des ‚vernünftigen Arguments‘ wähen und anders lautende Positionen als affektiv, unhaltbar, abweichend, gewaltsam etc. zurückweisen. Schäfer vertieft die theoretischen Skizzen im Anschluss an die spinozistisch inspirierte Lesart Martin Saars und problematisiert im Verweis auf radikaldemokratische Überlegungen politische wie pädagogische Anstrengungen, Inklusions- und Exklusionsdynamiken über Moralisierungstrategien oder Konzepte wie Toleranz und Anerkennung zu entschärfen. Inwiefern das Verhältnis von Kritik und Ressentiment, in je spezifischen Ausprägungen der Relation, im Kontext politischer Auseinandersetzungen und deren hegemonialer Effekte analysierbar wird, zeigt Schäfer abschließend im Durchgang durch diskriminierungskritische und rechtspopulistische Positionen.

Im abschließenden Beitrag dieses Bandes thematisiert *Ralf Mayer* das Phänomen der Empörung aus einer an Hegel anschließenden bildungstheoretischen Perspektive. Dieser folgend lassen sich Bildungsprozesse nur im Spannungsfeld von subjektiver Formierung und sozialen (Macht-) Verhältnissen begreifen: Weder das Eine noch das Andere bilden unabhängige und stabile Bezugspunkte für das, was sich unter ‚Bildung‘ verstehen lässt. Im Bildungsprozess wird beides – die subjektive Aneignung wie auch die Gegenständlichkeit der Welt – immer wieder neu konstituiert und transformiert: Die Negation des scheinbar unmittelbar Einsichtigen und die subjektive Entäußerung im Kontext eines unverfügbaren Erfahrungsraums kennzeichnen diesen Prozess. Die Empörung fasst Mayer dabei als ein Moment des Bildungsprozesses, in dem das Selbst einerseits – gegen die eigene Zerrissenheit – eine Wahrnehmung der (auch moralischen) Selbstgewissheit erfährt und doch damit zugleich mit einer für es selbst konstitutiven und abgelehnten Fremdheit konfrontiert wird. Das, worauf sich die Empörung richtet, ist dabei weder ein Anlass, der anhand ‚objektiver‘ Kriterien ausgewiesen werden könnte; noch kann einfach mit der Möglichkeit seiner sozialen Verallgemeinerbarkeit gerechnet werden. Auch wenn Empörung wie andere Affektlagen im Kontext hegemonial verfasster sozialer Normen und Verhältnisse zu verorten ist, ist für sie ein dialektisches Spannungsverhältnis von individueller Betroffenheit und verallgemeinerbarer Einsicht leitend, das nicht kognitiv aufgelöst werden kann. Diese Dialektik bildet eine Grenze für jede legitimierende, animierende wie ablehnende Haltung zu Anlässen und Formen der Empörung, die für sich einen allgemein begründeten Anspruch erhebt. Mit der Aktion ‚Scholl 2017‘ des ‚Zentrums für politische Schönheit‘ wird dann das Bei-

spiel einer ‚indirekten‘ Strategie diskutiert, die die Einsatzpunkte einer möglichen Empörung, deren pädagogische, politische oder ästhetische Qualität, das Verhältnis von Individualität und Sozialität, von Emotionalität und Rationalität offen zu halten versucht – und dennoch einen Anlass für Empörung bilden möchte.³¹

Literatur

- Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Ders.: Recht, Staat, Freiheit, Frankfurt a. M. 1991, S. 92-114
- Canovan, Margaret: Populism, Toronto 1981
- Canovan, Margaret: Trust the People! Populism and the two Faces of Democracy, in: Political Studies XLVII, 1999, S. 2-16
- Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008
- De Mazza, Ethel Matala: Politik und Lüge, in: Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung. Schwerpunkt: Alternative Fakten (hg. von Lorenz Engell u. Bernhard Siebert), Heft 9, 2/2018, S. 119-131
- De Mazza, Ethel Matala/Vogl, Joseph: Im Schattenwurf der Demokratie. Wer ist das Volk – und wer entscheidet? Über die Leerformel ‚Populismus‘ und ihren Gebrauch, in: taz 10./11. Dezember 2016, S. 11
- Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv, Wiesbaden 2006
- Decker, Frank: Demokratischer Populismus und/oder populistische Demokratie? Bemerkungen zu einem schwierigen Verhältnis, in: Wielenga, Friso/Hartleb, Florian (Hg.): Populismus in der modernen Demokratie, Münster 2011, S. 39-54
- Dubiel, Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt a. M. 1986
- Dubiel, Helmut: Vorwort, in: Ders. (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt a. M. 1986b, S. 7-11
- Faber, Richard/Unger, Frank (Hg.): Populismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2008
- Fiske, John: Elvis: Body of Knowledge. Offizielle und populäre Formen des Wissens um Elvis Presley, in: Hörning, Karl H./Winter, Rainer (Hg.): Widerspenstige Kulturen. Cultural Studies als Herausforderung, Frankfurt a. M. 1999, S. 339-378
- Hagedorn, Ludger/Hasewend, Katharina/Randeria, Shalini (Hg.): Wenn Demokratien demokratisch untergehen, Wien 2019
- Heidenreich, Felix/Schaal, Gary S. (Hg.): Politische Theorie und Emotionen, Baden-Baden 2012

31 Für alle Hinweise, die Mühen der Formatierung und Korrektur danken wir Tom Zimmermann und Julia Golle.

- Hillebrand, Ernst: Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie?, Bonn 2015
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 1985
- Laclau, Ernesto: On Populist Reason, London/New York 2005
- Laclau, Ernesto: Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?, in: Ders.: Emanzipation und Differenz, Wien/Berlin 2010, S. 65-78
- Lefort, Claude: Die Frage der Demokratie, in: Rödel, Ulrich (Hg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt a. M. 1990, S. 281-297
- Link, Jürgen: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Göttingen 2006
- Manow, Philip: Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2018
- Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (1852/1869), in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke. Bd. 8, Berlin 1960, S. 111-207
- Menke, Christoph: Am Tag der Krise. Kolumnen, Berlin 2018
- Meyer, Thomas: Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt a. M. 2015
- Mouffe, Chantal: Für einen linken Populismus, Berlin 2018
- Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016
- Karin, Priester: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt a. M./New York 2007
- Priester, Karin: Rechter und linker Populismus, Frankfurt a. M./New York 2012
- Priester, Karin: Wesensmerkmale des Populismus, in: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte 62/5-6, 2012, S. 3-8.
- Rancière, Jacques: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt/M. 2002
- Rancière, Jacques: Der Hass der Demokratie, Berlin 2016
- Slaby, Jan: Affekt und Politik. Neue Dringlichkeiten in einem alten Problemfeld, in: Philosophische Rundschau. Band 64, Heft 2, 2017, S. 134-162
- Spier, Tim: Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden 2010
- Stegemann, Bernd: Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie, Berlin 2017

Populismus. Holz- oder Königsweg der Politischen Theorie?

Astrid Séville

„Populism is the royal road to understanding something about the ontological constitution of the political as such.“¹

1. *Einleitung*

Wir erleben eine doppelte Konjunktur: Der „Kampfbegriff“² Populismus ist politisch *und* politikwissenschaftlich en vogue. Parteien wie der Front National unter Le Pen in Frankreich, die Fidesz-Partei unter Viktor Orbán in Ungarn oder die AfD in Deutschland gelten allerorten als Populisten.³ Sie sind offen nationalistisch, islamfeindlich, verwehren sich einer liberalen Bejahung einer pluralistischen Gesellschaft und diffamieren Parteien als Establishment, die unabhängige Presselandschaft als „Lügenpresse“. Zudem nutzen Populisten allerhand Verschwörungstheorien, entziehen sich einer sachlichen Debatte um politische Lösungsversuche und setzen der Komplexität vereinfachende Parolen mit Berufungen auf den Willen des Volkes und der schweigenden Mehrheit entgegen.

Bereits diese Skizze allgemeiner Merkmale populistischer Parteien und Akteure wird in der akademischen Debatte diskutiert. In den letzten Jahren verging kaum ein Tag, an dem nicht ein Sozialwissenschaftler oder Publizist Kriterien und Arbeitsdefinitionen vorlegte, was eigentlich genau mit dem „Chamäleon“⁴ Populismus zu bezeichnen sei. Für den im deutschen Feuilleton dank eingängiger Thesen einschlägigen Populismusforscher

1 Laclau, *On Populist Reason*, S. 67.

2 Link, *Diskurstheoretische Überlegungen zur neuesten Konjunktur des „Populismus“-Begriffs*, S. 17.

3 Im folgenden Beitrag wird aus Gründen besserer Lesbarkeit darauf verzichtet, bei der Denomination von Akteuren und Akteursgruppen die weibliche Form zu ergänzen. Wenn nicht anders gekennzeichnet, sind Akteure unabhängig ihres Geschlechts einbezogen.

4 Taggart, *Populism*, S. 2; ders., *Populism and Representative Politics in Contemporary Europe*, S. 275.

Jan-Werner Müller gelten als hinreichende Kriterien dessen Antipluralismus und stete Verweise auf einen vordiskursiven Willen des Volkes.⁵ Die Soziologin Karen Priester verweist hingegen auf das Konzept einer inkohärenten Ideologie, um die Austauschbarkeit politischer Inhalte zu unterstreichen,⁶ und der britische Politikwissenschaftler Paul Taggart stellt die Figur eines immer wieder beschworenen *Heartland* heraus.⁷ Wieder andere Autoren begreifen Populismus als Herrschaft des Ressentiments, der sachlichkeits- und rationalitätsfremden Emotionalität der Enttäuschten oder als eine in der rationalen, liberaldemokratischen Moderne deviante Antwort auf die notwendige demokratische Kontingenz- und Komplexitätsbewältigung, etwa durch Pauschalisierung, Skandalisierung oder durch die Suche nach Sündenböcken für Strukturprobleme.

Solche Definitionsfragen werfen indes die provokante Frage auf, unter welchen Umständen und in welchem Ausmaß politische Lösungsvorschläge Politik emotionalisieren und vereinfachen. Wann unterschreiten Politiker ein erforderliches Komplexitätsbearbeitungsniveau, wann ist in einer Demokratie die Behauptung, die Mehrheit des Volkes zu repräsentieren, den „Volkswillen“ zu artikulieren, eine antipluralistische, demagogische, opportunistische Strategie, wann eine legitime Selbstbeschreibungsformel lupenreiner Demokraten? Schon der große Soziologe Ralf Dahrendorf ließ sich Anfang des 21. Jahrhunderts zu dem lakonischen Bonmot hinreißen, „des einen Populismus sei des anderen Demokratie“.⁸

Nicht nur über eine satisfaktionsfähige, das heißt empirisch haltbare sowie falsifikationsfähige politische Theorie des Populismus wird gestritten, auch über mögliche Erklärungen jener unheimlichen politischen Konjunktur wird debattiert. Sozialstrukturell akzentuierte Analysen heben Milieus und Schichten der Wähler populistischer Parteien hervor; andere, soziologische und politikwissenschaftliche Analysen sekundieren, jene Wähler seien Modernisierungsverlierer beziehungsweise Bürger, die um ihren sozioökonomischen Status quo bangten, relative Deprivation erführen und/oder ihre narrative Hoheit angesichts von ‚*political correctness*‘ und verordnetem linksliberalen Kosmopolitismus dahingeschmolzen sähen.

Allzu häufig vermengt sich in Semantiken zur Beschreibung jenes Phänomens wissenschaftliche Analyse mit einem vorwurfsvollen Gestus, der Populisten und ihren Wählern Irrationalität und Unaufgeklärtheit attestiert

5 Vgl. Müller, *Was ist Populismus?*

6 Vgl. Priester, *Definitionen und Typologien des Populismus*.

7 Vgl. Taggart, *Populism*.

8 Dahrendorf, *Acht Anmerkungen zum Populismus*.

und die Zugehörigkeit zur liberaldemokratischen Gesellschaft an Rationalität, Kohärenz und Liberalität knüpft. Schließlich gelte: „Die ersten Opfer des Populismus sind Vernunft und Aufrichtigkeit“.⁹ Das Etikett des Populismus erfüllt sodann die Funktion einer stigmatisierenden Diskreditierung. Der Erfolg populistischer Parteien beruhe auf regressiven Fantasien und Antrieben unaufgeklärter Teilgesellschaften, auf uneinsichtigen, rückwärtsgewandten Protestwählern, wenn nicht auf einem geringen Niveau politischer Bildung.¹⁰ Folgerichtig werden Forderungen nach politischer Bildung laut, denn bisher sei erschreckenderweise zu konstatieren, so der prominente Ideenhistoriker Herfried Münkler: „Große Teile des Volkes sind dumm“.¹¹

Statt sich dem liberaldemokratischen Fortschritt zu verschreiben, konterkarieren Populisten zudem Verständigungsprozesse, die auf einer allgemeinen Nachvollziehbarkeit und Wahrhaftigkeit von Argumenten fußen. Sie fordern Modelle partizipatorischer, deliberativer Demokratietheorie heraus. Populisten gefährden, so der Tenor, schlimmstenfalls den gesamtgesellschaftlichen kompromiss- und verständigungsorientierten Integrationsprozess, der in der Tat als eine politisch funktionale Fiktion Wirkmächtigkeit auf die moderne, pluralistische Gesellschaft entfaltet.

Gegen jene kritischen Annäherungen an das Phänomen des Populismus schrieb der 1935 in Argentinien geborene, 2014 verstorbene Philosoph und politische Theoretiker Ernesto Laclau an. Ihm zufolge laufen wir Gefahr, mit einer normativen Perspektive auf Populisten als Symptom eines regressiven, völkischen Bewusstseins, das produktive Momente von populistischen Diskursen zu unterschätzen. Laclau verfasste 2005 mit seinem Werk *On Populist Reason* eine Analyse des Populismus, die sich von der heute aktuellen Debatte erheblich unterscheidet und sich selbst als formal und deskriptiv begreift. Er schrieb: „Populism is the royal road to understanding something about the ontological constitution of the political as such.“¹² Doch was meint dieser Satz und was können wir tatsächlich vom Populismus lernen, außer einer begründeten Sorge um die Errungenschaften liberaler Demokratie?

Im Folgenden wird zunächst Laclaus Populismuskonzeption im Kontext seiner zentralen Thesen und Annahmen verortet, um dann aufzuzeigen, inwiefern Populismus für Laclau der zitierte Königsweg zum Verständnis

9 Fischer, „*Vernunft und Aufrichtigkeit sind die Opfer*“.

10 Vgl. Hildebrand, *Rechtspopulismus und Hegemonie*, S. 14f.

11 Münkler, *Interview Deutschlandfunk*.

12 Laclau, *On Populist Reason*, S. 67.